

Jetzt: Wiedererhebung einer Vermögenssteuer!

Die Vermögenssteuer wurde in der Bundesrepublik bis 1996 erhoben und hatte zuletzt einen Ertrag von 9 Milliarden DM. Darin aber sind sich Stoiber und Schröder einig: Sie soll nicht wiederkommen. Dagegen fordern Jungsozialisten, SPD-Arbeitnehmer und sogar mittelständische Unternehmerverbände, was die PDS-Bundestagsfraktion schon im November 2000 und im Mai 2001 im Parlament beantragt hat: Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer!

Wir schlagen vor, riesige Privatvermögen mit einem progressiven Steuersatz bis zu 3 Prozent zu belegen. Damit wären jährliche Steuereinnahmen von nahezu 10 Milliarden Euro erzielbar, die der Staat für seine Bürger sinnvoll ausgeben könnte.

Und endlich: die Tobin Tax!

Hunderttausende junger Menschen auf der ganzen Welt forderten in Seattle, Genua und Barcelona, was auch der verstorbene Nobelpreisträger James Tobin und europäische Wirtschaftswissenschaftler und Politiker seit Jahren anregten: Die gigantischen Finanzspekulationen, bei denen mehrfach täglich die Währungen gewechselt werden, durch eine Umsatzsteuer bis 1 Prozent zu verteuern. Lohnt sich Spekulation nicht mehr, wird das Geld wieder produktiv. Investitionen in Arbeitsplätze, neue Ideen und unsere gemeinsame Zukunft werden möglich. Die Welt würde ein Stück besser werden.

In einigen nationalen Parlamenten, z.B. Kanada und Frankreich, sind bereits Entscheidungen in diese Richtung getroffen worden. In Deutschland steht das noch aus. Der Gesetzentwurf der PDS liegt dem 14. Deutschen Bundestag vor. Nur wer die Finanzspekulation und Währungstransaktionen besteuert, wird die Binnenkonjunktur ankurbeln und uns sozialer Gerechtigkeit auf dieser Welt etwas näher kommen lassen.

Immer mehr Menschen wollen nicht länger warten.

Weitere Informationen:
Telefon 030/24009-408
judith.dellheim@pds-online.de

A close-up, high-angle photograph of numerous Euro coins of various denominations (1, 2, 5, 10, 20, 50 cents) scattered and overlapping. The lighting is dramatic, highlighting the metallic textures and the embossed details of the coins.

Umsteuern!

Vermögenssteuer wieder einführen!

Tobin Tax weltweit!

Statt Finanzspekulationen: Arbeitsplätze schaffen und Konjunktur ankurbeln!

1998: Das Versprechen

1998 stand die Forderung nach einer höheren Beteiligung der Superreichen an den Kosten für unser Gemeinwesen noch ganz oben bei der SPD. Besonders die gigantisch großen Privatvermögen sollten versteuert werden, damit notwendige öffentliche Leistungen endlich wieder finanzierbar werden, unsere Daseinsfürsorge wieder sicherer wird. Schröder und Lafontaine wussten, was die Wähler wollten.

1999: Der Wortbruch

Die rot-grüne Bundesregierung dachte eine Weile nach und verteilte die Vermögen dann doch lieber weiter von unten nach oben, brachte den Konzernen und Großbanken mit ihrer Steuerreform sogar neue Milliarden-Geschenke. Eine Vermögenssteuer wurde nicht wieder eingeführt. Diejenigen Superreichen, die Milliarden in Devisen spekulieren, blieben steuerfrei.

Die Fakten bis heute

Kohl hinterließ nicht nur größte soziale Ungerechtigkeit, explodierende Kapitalgewinne und riesige Geldvermögen bei ganz wenigen enorm Reichen (1992 – 98: 52,9% mehr Kapitaleinkünfte), sondern auch eine Steuerpolitik, die Finanzspekulation verbilligt hat. Investitionen in Arbeitsplätze, frische unternehmerische Ideen, Ökologie und Zukunft wurden dagegen staatlich erschwert und bekamen von den Großbanken zunehmend die Kreditmittel entzogen. Schröder machte es weder anders noch besser. Dank seiner Steuerreform werden große Kapitalgesellschaften allein aus dem Jahr 2001 fast 20 Milliarden Euro zugeschanzt bekommen.

Die Zunahme dieser Geldvermögen schafft aber beileibe keine neuen Arbeitsplätze in unserem Land, sondern weitere Spekulationsmasse auf den internationalen Währungs- und Devisenmärkten. Täglich laufen 1,7 Billionen Euro über die Weltbörsen. Zinssteigerungen, Instabilität auf den Finanzmärkten und immer schärfere Währungskrisen sind die Folge. Am Ende stehen soziale Krisen, militärische Konflikte und weiteres Elend in einer ungerechten Welt.

Zeit gegenzusteuern

In ihrem Wahlprogramm 2002 schreibt die PDS:
»Wir wollen wieder eine Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit durchsetzen. Mehr soziale Steuergerechtigkeit muss die finanziellen Spielräume für die öffentlichen Zukunftsinvestitionen erweitern.

Diese Ziele werden wir erreichen durch ... eine Abgaben- und Steuerreform, die eine höhere Beteiligung von großen Vermögen und Erbschaften an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben und vor allem an der Förderung gemeinnütziger Zwecke sichert ... Also eine konsequente Besteuerung von Börsen- und anderen Spekulationsgewinnen ... Einführung einer Tobinsteuer!«

Selbstverständlich: Die PDS wird kleinere und mittlere Vermögen und selbstgenutztes Wohneigentum durch vernünftige Freibeträge sichern.



Umsteuern!